

Avanti O.

RSB Oberhausen



Transparent am Flüchtlingslager Weierstraße, Mai 2015

¡Ya basta! Es reicht! Nein zum Europa der HERRschenden! Ja zu internationaler Solidarität!

L.M.

Im Mittelmeer findet ein Massensterben von Flüchtlingen statt. Flüchtlinge, die es bis nach Deutschland schaffen, werden hier mit Rassismus von diskriminierenden Gesetzen über Hetze bis hin zu gewalttätigen Übergriffen konfrontiert.

In Südeuropa soll die große Mehrheit der Menschen immer weitere Kürzungen ihrer Einkünfte hinnehmen, obwohl ihre Existenz schon längst nicht mehr gesichert ist. Die Rechte von Lohnabhängigen werden europaweit stetig weiter beschnitten.

Höchste Zeit, dieser Politik einen organisierten internationalen Widerstand von Unten entgegen zu setzen! Und dieser Widerstand fängt im Kleinen an ...■

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Doppelnummer unserer örtlichen Beilage zur Juli/August-Ausgabe der *Avanti* findet Ihr die Fortsetzung des Beitrags zur Geschichte der Roten Hilfe. Ebenso berichten wir über die sehr interessante Veranstaltung zum Streik bei Neupack.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit einer mehrteiligen Serie zu den Organisationen, die von den Hartz-Gesetzen und der damit verbundenen Arbeitsförderung massiv profitieren.

Auf der letzten Seite werfen wir schließlich einen Blick zurück auf das beschauliche Nachbarschaftsfest auf dem John-Lennon-Platz im Juni.

Wir wünschen eine interessante Sommerlektüre!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	WOHL-TÄTER
01 Solidarität ¡Ya basta! Es reicht!	04 Hartz IV / Armut Einführung: Wohl-Täter (Folge 1)
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	SELBSTORGANISATION
02 Neupack Ein lehrreicher Streik (Teil 1)	06 John-Lennon-Platz NachbarInnen feiern und gestalten
GESCHICHTE	TERMINE
03 Rote Hilfe Teil 2: Die Rote Hilfe nach 1933	06 Termine

Bericht über die Filmvorführung: „Das ist unser Streik“

Streik bei Neupack – ein lehrreicher Arbeitskampf

Am 26. Mai zeigte der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL) im Oberhausener Gewerkschaftshaus den Film „Das ist unser Streik“, eine Dokumentation des Arbeitskampfes bei Neupack 2012/2013. Anwesend waren auch zwei der FilmemacherInnen, Hajo Rieckmann und Puschki Aalders. Sie beantworteten Fragen rund um den Film und den Streik und steuerten Informationen zur aktuellen Situation bei dem Verpackungshersteller bei.

Teil I

PETRA STANIUS

Der Arbeitskampf bei Neupack war etwas Besonderes. Mehr als neun Monate lang streikte eine entschlossene Belegschaft, um die Eigentümerfamilie zum Abschluss eines Haustarifvertrages zu zwingen. Die IG BCE wollte bei Neupack ein Exempel statuieren. Es war der längste Arbeitskampf in der Geschichte dieser Gewerkschaft. Das Ziel des Arbeitskampfes wurde dennoch nicht erreicht. Stattdessen gab es als Ergebnis verschiedene Betriebsvereinbarungen, Abreden mit dem Betriebsrat und einzelvertragliche Zusagen. Der Streik war der IG BCE aus den Händen geglitten und schließlich zusammengebrochen.

Schwierige

Ausgangsbedingungen

Dass sich gerade die KollegInnen von Neupack so entschlossen gegen die von den Eigentümern praktizierte Willkür zur Wehr gesetzt haben, ist bemerkenswert. Denn mehrere Spaltungslinien liefen quer durch die Belegschaft. Nach subjektiven Kriterien wurden gleichwertige Tätigkeiten unterschiedlich bezahlt. Etwa die Hälfte der Beschäftigten waren Frauen, die nicht selbstverständlich den gleichen Lohn bekamen wie ihre männlichen Kollegen. Wenigen gut bezahlten Führungskräften und Angestellten stand eine große Anzahl prekär Beschäftigter gegenüber. KollegInnen verschiedener Nationalitäten sprachen unterschiedliche Sprachen und es gab zwischen ihnen gegenseitige Vorbehalte.

Die Geschäftsleitung hatte somit allerlei Möglichkeiten, die KollegInnen entlang dieser Spaltungslinien gegeneinander in Stellung zu bringen und den gemeinsamen Widerstand zu untergraben. Dass dies weitgehend nicht gelang, daran hatte der Betriebsratsvorsitzende Murat

Günes großen Anteil, der innerhalb der Belegschaft als integrierende Kraft wirkte. Über zehn Jahre lang hatte er bereits den Zusammenhalt der KollegInnen aktiv gefördert und Vertrauen untereinander aufgebaut, indem er sich persönlich auch um die Belange von einzelnen gekümmert hat.

Nicht die gesamte Belegschaft war an dem Streik beteiligt. Das Verhältnis Streikende-Nichtstreikende betrug etwa 110 zu 85, wobei der gesamte Angestelltenbereich sich nicht beteiligte und sich auch nicht solidarisch zeigte. Ein Teil der weiblichen Beschäftigten trat erst mit dem Streik in die Gewerkschaft ein, hat sich dann aber mit vollem Einsatz an dem Arbeitskampf beteiligt. Sie nutzten wie andere KollegInnen die Chance, sich durch die Übernahme neuer Aufgaben weiterzuentwickeln.

Zum Film

In dem Film kommt die Unternehmensleitung als Akteurin nur am Rande vor. Dies begründeten die FilmemacherInnen damit, dass sie die Eigentümerfamilie Krüger nicht für spannend hielten. Sie seien nur KapitalistInnen wie alle anderen, die eben Geld verdienen wollen. Im Zentrum des Films stehen darum die anderen Beteiligten: die Belegschaft, die Gewerkschaft IG BCE und die UnterstützerInnen des Streiks. Das Vorgehen der IG BCE und die Gründe für den Zusammenbruch des Streiks sollen kritisch beleuchtet werden. Dabei geht es nicht darum, die Gewerkschaft anzugreifen. Vielmehr will der Film dazu auffordern, es künftig besser zu machen. Die IG BCE ist über diese Dokumentation nicht glücklich. Ob in der Gewerkschaftszentrale in Hannover darüber diskutiert wurde, ist den FilmemacherInnen nicht bekannt. Die IG BCE in Hamburg jedenfalls wollte den Film nicht

vorführen. Stattdessen wurde er von ver.di im Gewerkschaftshaus gezeigt. Den KollegInnen von Neupack dagegen hat der Film gut gefallen.

„Das ist unser Streik“ hat in der Gewerkschaftsbewegung viele Diskussionen ausgelöst: Warum ist es nicht gelungen, den „Arbeitgeber“ in einen Tarifvertrag zu zwingen?

Die Auseinandersetzung mit der Strategie der IG BCE beim Arbeitskampf bei Neupack ist eines der Hauptthemen der Dokumentation. Eine zentrale Frage der Strategie war die, wie der nötige Druck auf die Eigentümerfamilie ausgeübt werden konnte. Ein über neun Monate andauernder Kampf ist zermürend. Der Arbeitskampf wurde in die Öffentlichkeit gebracht, da er nicht allein im Betrieb gewonnen werden konnte. Unterstützung der Streikenden von außen gab es vor allem am Standort Hamburg. Am zweiten Standort Rothenburg, der recht abgelegen ist, war dies nicht in gleicher Weise möglich. Die Unterstützung war auch nur symbolischer Natur. Nicht weitere Unterstützung vom DGB und von Nachbarbetrieben mobilisiert zu haben wurde auf der Veranstaltung als eine Schwäche des Arbeitskampfes bezeichnet.

Strategiefragen

Ein Teilnehmer stellte die These auf, dass Streiks heute nur noch erfolgreich sein können, wenn andere Bereiche sich solidarisieren. Andernfalls bräche der Streik zusammen, wenn die Geschäftsleitung hartnäckig bleibe und sich zu keinerlei Zugeständnissen bereit erkläre. Ein anderer Teilnehmer widersprach dieser Aussage, da es genügend Gegenbeispiele gäbe, die dies widerlegten.

Bei dieser Frage spielt sicherlich eine Rolle, wie viel wirtschaftlichen Druck die Streikenden aus eigener Kraft ausüben können, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Streik der LokführerInnen

beispielsweise hat unmittelbare und erhebliche finanzielle Konsequenzen für das Unternehmen. Die Arbeitsniederlegung der ErzieherInnen dagegen führt bei den Kommunen sogar zu Einsparungen, da sie während des Streiks deren Lohn nicht zahlen müssen. Somit sind zum Beispiel die ErzieherInnen dringend auf Solidaritätsstreiks anderer Bereiche angewiesen, die den nötigen wirtschaftlichen Druck erzeugen können, um die „Arbeitgeber“ zum Einlenken zu veranlassen. ■

Der zweite und letzte Teil folgt in der nächsten Avanti O.

TIPP

Infos zum Film findet Ihr unter www.neupack-film.de

TIPP

Eine Analyse des Arbeitskampfes von Harald Humburg, der die KollegInnen von Neupack über viele Jahre als Anwalt rechtlich vertreten hat, findet Ihr unter www.rsb4.de/content/view/4999/77/

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“

Teil 2: Die Rote Hilfe nach 1933

Im ersten Teil des Berichts über die Veranstaltung zur Geschichte der Roten Hilfe (siehe Avanti O. Nr. 10) ging es um die Entstehung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) und um ihre Aktivitäten in der Weimarer Republik. Der zweite und letzte Teil behandelt den antifaschistischen Widerstand der RHD ab 1933. Die Referentin vom Hans-Litten-Archiv¹ schilderte anschaulich, auf welche Weise praktische Solidarität mit politisch Verfolgten geübt wurde, wer die Aktiven waren, und welche Rolle ihre Arbeit für den Klassenkampf und den Widerstand gegen die Nazis gespielt hat. Auch im Ruhrgebiet.

P.S.

Bereits in der Weimarer Republik war die Rote Hilfe Ziel von Repression. Einige ihrer Veranstaltungen wurden verboten, gegen einzelne ihrer Einrichtungen wurde vorgegangen. Dennoch traf die Organisation das Verbot durch die Nazis im Frühjahr 1933 unvorbereitet. Die Nazis fanden offene Daten- und Adresssammlungen der Mitglieder. Eine heftige Repressionswelle folgte. Die RHD wurde zerschlagen, führende Funktionäre wie Eugen Schönhaar und Erich Steinfurth von der Gestapo „auf der Flucht erschossen“.

Gleichzeitig wurde die Existenz der Roten Hilfe wichtiger denn je. Sie bereitete sich auf die Illegalität vor und rief dazu auf, die faschistische Terrorwelle zu brechen. Poststellen und neue Deckadressen wurden eingerichtet.

Dezentralisierung

Das Prinzip der zentralen Organisation wurde durch die Repression geschwächt. Die Gestapo konnte auf die Akten der Weimarer Republik zurückgreifen, wo die Rote Hilfe schon umfassend überwacht wurde. Durch schlechte Tarnung und zu offene Kommunikation flogen auch neue Deckadressen auf. Weitere wurden aus Sicherheitsgründen aufgegeben. Die Solidaritätsarbeit erfolgte immer häufiger dezentral vor Ort.

Es gab kleine Komitees mit losem Kontakt zur Bereichsleitung, wobei diese sich mancherorts mit anderen Widerstandsgruppen wie mit der ebenfalls im Untergrund weiterarbeitenden KPD oder christlichen Kreisen verzahnten. Die Arbeit der RHD wurde stark von ehemaligen SPD-Mitgliedern getragen. Mit ihrem strömungsübergreifenden Ansatz konnte die Organisation den

Brückenschlag zwischen verschiedenen Widerstandsgruppen machen und Einheitsfrontabkommen schließen.

Eine negative Folge der Dezentralisierung war, dass weniger Geld für reichsweite Aktivitäten zur Verfügung stand, wie zum Beispiel für Reisen und für die Erstellung von Publikationen. Gleichzeitig war aber für die RHD ihre Anbindung an die Internationale Rote Hilfe (IRH) von existenzieller Bedeutung. Im Exil wurden Anlaufstellen für politisch verfolgte AktivistInnen geschaffen, die in Deutschland extrem gefährdet – das heißt: mit mehr als einigen Jahren Gefängnis bedroht – waren. Außerdem wurden im Ausland Druckschriften produziert, um sie dann nach Deutschland einzuschleusen.

Wachsender Frauenanteil

Die gestiegene Repression unter den Nazis bewirkte, dass der, mit der KPD verglichen, relativ hohe Frauenanteil der RHD (26,7 Prozent in 1932) noch einmal anstieg. Die Referentin erklärte das Phänomen mit dem sexistischen Weltbild der Verfolger und der damit verbundenen geringeren Repression gegen Frauen. Die Nazis stellten sich nur Männer als eigenständige politische Akteure vor. Frauen nahmen sie nicht ernst. Es wurden demzufolge hauptsächlich Männer verhaftet. Frauen konnten sich unauffälliger und freier bewegen. So nutzten sie zum Beispiel Kinderwagen für den Transport von Flugblättern und tarnten politische Treffen als Kaffeekränzchen.

Solidaritätsarbeit

Nach 1933 unterstützte die RHD politische Häftlinge in Gefängnissen und KZs. Um die hierfür benötigten Mittel zu bekommen, führten die Mitglieder

durch. Innerhalb der Roten Hilfe umstritten war der Eintritt in die NS-Volkswohlfahrt und das Winterhilfswerk, um Lebensmittel für Gefangene zu organisieren. Musik- und Sportvereine dienten als Deckung für Schwarzkassen.

Die Mitglieder besorgten Papiere für untergetauchte Funktionäre, leisteten Fluchthilfe ins Ausland und schufen Gegenöffentlichkeit.

Die RHD im Ruhrgebiet

Aufgrund der Stärke der ArbeiterInnenbewegung im Ruhrgebiet hatte die Rote Hilfe von Beginn an hier einen Schwerpunkt. Hier war die Repression stärker als im übrigen Reichsgebiet und die verhängten Strafen höher. Die zentrale Organisation war im Gegensatz zur Mitgliederzahl desolat: Die RHD verfügte im Ruhrgebiet nur über sehr schwache Bezirksleitungen von zwei bis drei Mitgliedern. Diese waren mehr über Gerüchte als über Mittelspersonen mit der Reichsleitung verbunden.

Die Rote Hilfe führte im Ruhrgebiet Kampagnen für politische Gefangene durch. Insbesondere unterstützte sie mit dem Verkauf von Postkarten die Kampagne für die Freilassung des bereits im März 1933 verhafteten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Sie leistete Antirepressions- und Solidaritätsarbeit. Ihre Mitglieder verteilten Flugblätter, verkauften Zeitungen und führten Spendensammlungen für die lokale Direkthilfe durch. Um auffällig miteinander kommunizieren zu können, wurden zum Beispiel auch Beerdigungen genutzt.

Die Arbeit wurde mehr von Betriebsgruppen als von Stadtteilgruppen getragen. SozialdemokratInnen arbeiteten trotz Berührungängsten mit der Roten Hilfe zusammen.

In Oberhausen war die RHD besonders stark in der Niebuhrstraße

sowie in der Dunkelschlagsiedlung verankert.

Keine linke Caritas

Weder nach ihrem Selbstverständnis noch nach ihren Aktivitäten war die Rote Hilfe in ihrer Geschichte eine rein karitative Organisation. Sie verfolgte in der Weimarer Republik und während der Nazizeit genauso politische Ziele wie die KPD oder andere antifaschistische Widerstandsgruppen.

Ihren politischen Gegnern war dies völlig klar. Die Mitarbeit bei der Roten Hilfe war unter den Nazis Hochverrat. Auch aus der Sicht der Repressionsorgane diente die Unterstützung von politisch Verfolgten und ihren Familien dazu, deren Kampfgeist aufrecht zu erhalten. So versuchten sie, die Unterstützung ins Leere laufen zu lassen, indem sie Pfändungen bei Familien politisch Verfolgter durchführten.

1935 erging das erste Todesurteil aufgrund eines reinen „Meinungsverbrechens“. Dem Kommunisten Rudolf Claus wurde nichts anderes zur Last gelegt als seine politische Gesinnung und seine Tätigkeit für die Rote Hilfe, die in der solidarischen Unterstützung notleidender Frauen und hungernder Kinder von politischen Gefangenen bestand. Weitere Justizmorde folgten.

Im September 1938 benannte sich die RHD offiziell in „Deutsche Volkshilfe“ um. Unter diesem Namen war ein von einem breiten Spektrum getragenes Hilfswerk noch bis nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aktiv.

Erst gut drei Jahrzehnte nach der Auflösung der RHD, ab 1970, begannen politische AktivistInnen wieder, in Deutschland Rote Hilfe-Gruppen aufzubauen: zunächst in West-Berlin und dann bundesweit. Anlass hierfür

waren massenhafte Prozesse gegen Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition (APO).

Bedarf an ihrer Arbeit hätte es allerdings auch in der BRD immer gegeben. Dies wurde auch in der Diskussion nach dem Vortrag deutlich. Die Mörder linker AktivistInnen wurden kaum bestraft. Stattdessen wurden KPD-Mitglieder verfolgt. Die 1945 zunächst legalisierte KPD wurde im August 1956 in der BRD wieder verboten. Während Nazi-Schergen im Jahr 1949 mit einem ersten und im Jahr 1954 mit einem deutlich weitergehenden Gesetz amnestiert wurden und wieder in Amt und Würden kamen, hagelte es Berufsverbote gegen Linke. Die ersten Berufsverbote für KommunistInnen gab es ab September 1950. 1972 folgte der Radikalerlass. Dieser war weitgehend identisch mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ der Nazis².

Bedarf an der Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe für politisch verfolgte linke AktivistInnen gibt es auch heute. Wer auf die Website der Organisation schaut, kann sich leicht davon überzeugen. Ihr könnt die Arbeit der

Roten Hilfe unterstützen, indem Ihr selbst Mitglied werdet, auch wenn Ihr selbst aktuell nicht von Repression betroffen seid. Denn Solidarität ist keine Einbahnstraße ... ■

Fußnoten

¹ Archiv der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen in Göttingen. Hans Litten, der Namensgeber, war einer der bekanntesten Rechtsanwälte der Roten Hilfe in der Weimarer Republik. Nähere Infos: siehe www.hanslitten-archiv.de

² In der Zeitung der Roten Hilfe Nr. 2.2012, S. 54 ff, findet Ihr einen Schwerpunktartikel zur Geschichte der Berufsverbote. Die Zeitung könnt Ihr kostenlos von der Seite der Roten Hilfe herunterladen: www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe heute:

Eine Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke

„Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Sie konzentriert sich auf politisch Verfolgte aus der BRD, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte aus anderen Ländern ein. Unsere Unterstützung gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z.B. wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für staatsverunglimpfende Schriften, wegen Teilnahme an spontanen Streiks oder wegen Widerstand gegen polizeiliche Übergriffe ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt, verurteilt werden. Ebenso denen, die in einem anderen Staat verfolgt werden und denen hier politisches Asyl verweigert wird.“ (Aus dem Selbstverständnis der Roten Hilfe.)

Mehr Informationen über die Rote Hilfe findet Ihr auf ihrer zentralen Website, über die auch die Seiten der Ortsgruppen erreichbar sind:

www.rote-hilfe.de

TIPP

Wenn Ihr mehr über die Geschichte der Roten Hilfe erfahren möchtet: Der Historiker Nikolaus Brauns hat hierüber ein empfehlenswertes Buch geschrieben, das Ihr über Antiquariate noch bekommen könnt:

Nikolaus Brauns: Schafft Rote Hilfe!

Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene (1919-1938)

348 S., 300 Abb., Großformat, gebunden.

Pahl-Rugenstein Verlag, Neupreis: 32,00 Euro

Eine Rezension des Buches findet Ihr auch auf der Website des RSB:

www.rsb4.de/content/view/1098/81/

Die Wohl-Täter und ihre profitablen Geschäfte mit der Hartz IV-Armut

1. Folge

Die AutorInnen haben trotz guten Vorwissens und reichlich eigener Erfahrung bei der Recherche zu dieser Artikelserie gemerkt, dass das Thema „Profite mit der Hartz IV-Armut“ und deren Verwaltung noch deutlich umfangreicher ist als gedacht. Daher ist dieser erste Teil als Einführung gedacht, die zunächst einmal das Problemfeld umreißt, um es später in weiteren Artikeln zu vertiefen. In mehreren Teilen werden wir dann das Gebaren und die zum Teil regional unterschiedlichen Strukturen der Wohl-Täter vorstellen und beleuchten, um einen Blick hinter die Kulissen dieser gesellschaftlich mitunter leider hoch angesehen Organisationen zu werfen.

ARMER KONRAD

Egal wie sie nun heißen, eines ist allen gemein: Sie sind tätig als Zuarbeiter der „Arbeitsverwaltung“ mit ihrem Zwangssystem und den entsprechenden Repressionen gegen Arbeitssuchende. Dabei sind diese Geschäfte mit der Armut und deren Verwaltung für sie hochprofitabel.

Wir beginnen mit einem kurzen Abriss über die letzten ca. 10 bis 15 Jahre und Informationen über die Strukturen der Organisationen und

Beispiele aus der Region Ruhrgebiet. In weiteren Teilen werden wir uns dann mit konkreten Beispielen beschäftigen, wie mit dem so genannten Gemeinnützigen Arbeitnehmerverleih, der Zurichtung von Erwerbslosen mit Hilfe von „Qualifizierungsmaßnahmen“ im Interesse einzelner Unternehmen sowie der Repression gegen Teilnehmende dieser Maßnahmen. Ebenso wird es Interviews mit Betroffenen aus den entsprechenden Bereichen geben, welche tiefere Einblicke in das zum Teil menschenverachtende Verhalten dieser Maßnahmen-

träger ermöglichen. Wir hoffen, damit diese Wohl-Täter ein wenig aus Ihrer Ecke des Gutmenschentums zerren zu können und Möglichkeiten zur passiven und auch aktiven Gegenwehr gegen dieses System aufzuzeigen.

Entwicklung

Mit der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 blühte förmlich eine Industrie von so genannten Qualifizierungsmaßnahmeträgern auf, die an

die lukrativen Fleischtöpfe wollten, die aus dem Hartz IV-Konzept „Fördern und Fordern“ entstanden. Einige dieser Organisationen hatten zuvor bereits jahrelang in erheblichem kleinerem Rahmen und (hier im Ruhrgebiet) mit der Ziel- bzw. Fördergebiet 2-Förderung für strukturschwache Regionen in diesem Bereich überwiegend mit EU-Geldern schon Ähnliches betrieben.

Mit der Einführung von Hartz IV und den Änderungen des Sozialgesetzbuches (SGB) gab es ihnen nun

die Möglichkeit, ihr Gutmenschen-tum – je nach Organisation konfessionell oder ideologisch verbrämt – auf viel breitere und zunehmend verarmende Bevölkerungsschichten auszuweiten. Der Phantasie waren dabei (bis heute) kaum Grenzen gesetzt, ob „Sozialkaufhaus“, Tafelwesen, Schnellqualifizierungen in HelferInnenbereichen mit Phantasieabschlüssen der IHK für halbjährliche Maßnahmen usw..

Es entstand ein zunehmend undurchsichtiges Geflecht von gGmbHs, gemeinnützigen Vereinen, Trägergesellschaften bis hin zu (immer noch) aktiven privaten Firmen auf der Basis von Unternehmungsgesellschaften, verknüpft mit gemeinnützigen Vereinen, die mit der Armut im Franchise-Konzept Profit machen.

So bekommen heute eigentlich alle Menschen, die von Hartz IV betroffen sind, es in ihrer jeweiligen Stadt mit irgendeiner Variante der Wohl-Täter zu tun:

Sei es aus purer Existenznot mit dem Tafelwesen oder mit Bewerbungstraining, mit Kursen über „wirtschaftliches Verhalten“ (damit Hartz IV reicht), mit Maßnahmen, um an „Arbeit gewöhnt“ zu werden, mit Zwangsarbeit im kommunalen Bereich (so genannter Gemeinwesen-sensararbeit), mit Vermittlungen egal

wo hin und zu welchem Lohn... Alles immer unter dem Motto: „Arbeit haben an sich stellt einen Wert dar“ – und nicht der Verdienst.

Das klappt natürlich nicht immer so reibungslos wie gewünscht – und so wird entsprechend großzügig mit den Repressalien des SGB umgegangen. Genauer: Nicht die Organisationen als solche verhängen Sanktionen (Kürzung von Hartz IV usw.), sondern die Arbeitsverwaltung, welche aber deren Meldungen und Empfehlungen gewöhnlich nahezu 1:1 folgt. Die Maßnahmeträger betätigen sich also als verlängerter Arm der Arbeitsverwaltung, wobei ihr Bild in der Öffentlichkeit als „Gutmenschen“ unbeschädigt bleibt.

Es haben sich im Ruhrgebiet erkennbar folgende Typen von Wohl-Tätern herausgebildet, mit jeweils individuellen Schwerpunkten:

In Mülheim/Ruhr und Gelsenkirchen (auch Gladbeck und Bottrop) „Generalisten“ – das sind Organisationen, die nahezu ein Monopol haben auf alles, was „Arbeitsförderung“ nach dem § 45 SGB III in den jeweiligen Regionen beinhaltet.

In Oberhausen tummeln sich und wetteifern gleich mehrere Träger um die attraktiven Fleischtöpfe der so genannten Arbeitsförderung, welche sich zum Teil auf unterschiedlichen Gebieten spezialisiert haben und sich darum weniger direkte Konkurrenz untereinander machen.

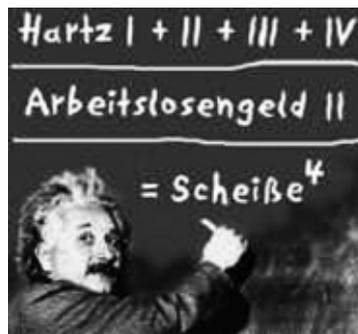
In Essen gibt es ein Konglomerat (EABG – Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH) von teilweise unternehmernahen Organisationen und Verbänden, nebst den üblichen konfessionellen Protagonisten und zusätzlich ver.di, welches nach eigenen Angaben im Schnitt über 2.000 „Kunden“ ständig in Maßnahmen hält, jeweils ohne „Gemeinwesen-sensararbeit“.

Profite und Vorteile

Alle Maßnahmen nach § 45 SGB III werden öffentlich ausgeschrieben, jedoch so, dass eigentlich bereits im Vorfeld klar ist, wer den Zuschlag bekommen wird, da unter anderem Vorerfahrung im jeweiligen Bereich nebst Räumlichkeiten und Ausstattung verlangt werden.

Was ist denn nun das Lukrative daran für die beteiligten Organisationen, insbesondere, da es ja zumeist gGmbHs bzw. gemeinnützige Vereine sind?

Dies darzustellen ist sehr komplex. Für die Konfessionellen ist es unter anderem die Ausweitung und der Erhalt ihrer Einfluss-sphäre in der jeweiligen Region (bis in den Bereich der kommunalpolitischen Entscheidung hinein), verbunden mit ihrer jeweiligen Ideologie, was ihnen ohne



Foto/Grafik: www.gegen-hartz.de

die Präsenz im Bereich der Arbeitsförderung so nicht glücken würde. Auch wird durch die Erlöse aus dem Bereich der „Arbeitsförderung“ der jeweilige Apparat aufrecht erhalten und erweitert.

Die durchgeführten Maßnahmen sind von Seiten der Arbeitsverwaltung zum Teil sehr gut bezahlt. Für so genannte 1-Euro-Jobber zum Beispiel gibt es je Person und Monat 500 bis 800 Euro. Das ist der ungefähr Bereich – genaue Zahlen unterliegen, oh Wunder, dem Geschäftsgeheimnis. Das heißt, dass bei 20 bis 25 Personen je Maßnahme schon erkleckliche Summen zusammenkommen. Abzüglich der wenigen Euro je Person und Fahrgeld bleibt da schon einiges über. Von diesem Geld werden oft Personen mit sozialpädagogischer Ausbildung als Aufsicht eingestellt mit Arbeitsverträgen, die an die Dauer der Maßnahme gekoppelt sind. Aufgrund ihres ungesicherten Beschäftigungsverhältnisses machen viele von ihnen nahezu alles, was ihnen vorgegeben wird, mit.

So wird mit wenig Aufwand eine sprudelnde Einnahmequelle geschaffen.

Aufgrund der rechtlichen Besonderheiten für gGmbHs und gemeinnützige Vereine können diese aber nicht einfach Gewinne wie „normale“ Unternehmen an die Seite schaffen. Überschüsse, die es ja eigentlich nicht geben darf, werden (insbesondere bei den Konfessionellen) über etliche Umwege zur Quersubventionierung anderer Bereiche benutzt. Oder auch dazu, um Gehälter von GeschäftsführerInnen und den wenigen langjährigen Festangestellten (die zumeist Leitungsfunktionen inne haben) reichlich aufzublasen. All das wird bezahlt über die Menschen, die in diese Maßnahmen gezwungen werden.

Unternehmen, von denen einige selbst Mitglieder der jeweiligen Trägergesellschaften sind, profitieren unmittelbar von den „Qualifizierungsmaßnahmen“, wenn ihnen über diesen Weg laufend billige und „willige“ Arbeitskräfte zugeführt werden: für „Probearbeit“ zum Beispiel.

Ebenso gibt es mittlerweile seit ei-

nigen Jahren eine weitere Entwicklung, dass Bereiche wie der „gemeinnützige Arbeitnehmerverleih“ oder aber Produktionsbereiche wie das „Upcycling“ ausgegliedert werden in eine ganz normale Firma (GmbH), die nicht den rechtlichen Beschränkungen einer gGmbH unterliegt – wobei die Gesellschafter dieser GmbH dann wiederum die Gemeinnützigen sind. Der Spielraum für die Verwendung von Gewinnen wird auf diese Weise erweitert.

Auch Organisationen, die so genannte Sozialkaufhäuser und Ähnliches betreiben, langen oft richtig zu, wenn Möbel und andere Altwaren abgeholt werden. Beträge von einigen Hundert Euro nur für die Abholung einer Wohnungseinrichtung, die danach noch weiterverkauft wird, sind keine Seltenheit. Wobei die Fahrzeuge dafür auch zumeist aus Spenden stammen. Dies ist eher ein Geschäftsmodell der Konfessionellen, häufig direkt der Diakonie oder der Caritas. Diese unterliegen, wie alle konfessionellen und direkt an die jeweiligen Kirchen angebundene Organisationen, keinerlei Offenlegungsvorschriften, so dass ihre Bilanzen der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Die Arbeit des Möbelschleppens, die im Rahmen der Ausübung dieses Geschäfts anfällt, als „Qualifizierung“ zu bezeichnen, ist eher im Bereich des Hohns angesiedelt. ■

Fortsetzung folgt.

Schon Ton Steine Scherben sangen im 1971 veröffentlichten Album „Warum geht es mir so dreckig?“

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich!
Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich!

Ich verkauf dir meine Hände, ich verkauf dir meinen Kopf.

Ich versprech dir, nicht viel zu denken, und ich schau dir nicht in deinen Topf.

Für mich bist du der Engel, der uns Armen Arbeit gibt.

Ohne dich wär ich verhungert, ich bin froh, daß es dich gibt.

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich!
Sklavenhändler, geh zum Telefon.
Hörst du nicht, es klingelt schon.

Und wenn ich sieben fuffzich verdiene, geb ich dir drei fuffzich ab.

Ich brauch nur was zu essen und viel leicht ein bißchen Schnaps.

Ich brauch überhaupt nicht viel Geld, denn ich bin ein schlechter Mensch.

Ich hab mein ganzes Leben nichts gelernt, außer daß man besser die Fresse hält.

Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich!
Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich?
Sklavenhändler, ich tu alles für dich!

TIPP

Literaturhinweise zur Einführung in das Thema (eine Auswahl):

- IW Köln 2004 (Institut der Wirtschaft Köln) Wohlfahrtsverbände in Deutschland Auf den Schultern der Schwachen http://ahz-ochs.de/pdf_dateien/IWStudieWohlfahrt.pdf

- Sierck, Udo; Radtke, Nati Die Wohltätermafia – Vom Erbesundheitsgericht zur Human-genetischen Beratung Mabuse Verlag e. V. ISBN: 9783925499302

- Christoph Butterwegge: Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Beltz Juventa 2015, ISBN: 3779932342

John Lennon Platz

AnwohnerInnen gestalten ihren Platz selbst

Für den 16. Juni 2015 hatte der Verein „Wir sind Oberhausen“ zum Nachbarschaftsfest eingeladen – und zur aktiven Mitgestaltung des John-Lennon-Platzes.

K.O.

Das Haus der Jugend wurde im Oktober 2013 im Rahmen einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgerissen. Begründet wurde dies von der OGM damals mit „einer latenten Gefahrensituation am Gebäude durch Unbefugte“. Kurz darauf zog der DJK Adler Oberhausen, der lange Jahre sein Clubhaus am John Lennon Platz hatte und den Sportplatz nutzte, zu der Sportanlage an der Concordiastraße um. Das Clubhaus wurde ohne Vorankündigung abgerissen. Die OGM sah – wieder – „Gefahr im Verzuge“. Die Tore wurden abgebaut. Der Platz war leer.

AnwohnerInnen des John Lennon Platzes, die zum Teil Mitglieder des Vereins *Wir sind Oberhausen* (wso) sind, reichten bei der Stadt diverse Vorschläge ein, wie sie den Platz gerne nutzen und gestalten würden. Und sie wollen auch

selbst zu seiner Verschönerung und Belebung beitragen.

Am 13. Juni 2015 organisierte wso ein Nachbarschaftsfest, um hier bei Musik, Essen und Getränken Pflanzkübel herzustellen. Diese sollen später auf dem Platz aufgestellt werden. Alle NachbarInnen waren eingeladen, sich zu beteiligen und Patenschaften für fertige Pflanzkübel zu übernehmen. Die Aktion stieß in der Nachbarschaft auf reges Interesse.

Bei der Gelegenheit wurden die anwesenden NachbarInnen auch gefragt, wo nach ihrem Wunsch die insgesamt sechs Sitzbänke aufgestellt werden sollen, die die Stadt für den John-Lennon-Platz zur Verfügung stellt. Die vier Bänke, die schon da sind, sollen versetzt werden, da sie direkt am Spielfeld und damit unglücklich platziert wurden.

Die Bläserklasse vom Elsa-Brändström-Gymnasium war mit einem musikalischen Beitrag beim

Fest dabei. Zu Besuch kamen auch Flüchtlinge aus der Weierstraße.

Das Feiern kam an dem Tag nicht zu kurz – die Pflanzkübel wurden nicht fertig. Die Aktion wird fortgesetzt. Wer Interesse hat, sich daran zu beteiligen oder eine

Patenschaft für einen Pflanzkübel zu übernehmen, kann sich an Andrea Cora Walther, Elsa-Brändström-Str. 66, wenden. ■



Nachbarschaftsfest auf dem John-Lennon-Platz, 16. Juni 2015

Foto: Andrea Cora Walther

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen
Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Dienstag, 14.07.15, 12:00 Uhr Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Oberhausen Gewerkschaftshaus
- Donnerstag, 16.07.15, 19:00 Uhr, Aktiventreffen der Roten Hilfe, Büro LINKE LISTE Oberhausen, Friedensplatz 8
- Mittwoch, 19.08.15, 12:00 Uhr Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Oberhausen Gewerkschaftshaus